

Hans Böckler und die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung*)

Hans O. Hemmer, geb. 1946 in Velbert, ist Redakteur der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“.

Am 26. Februar 1975 hat der Deutsche Gewerkschaftsbund des hundertsten Geburtstages seines Ersten Vorsitzenden nach 1945 gedacht. Der DGB-Vorsitzende *Vetter* hat zum gleichen Anlaß ein Buch herausgegeben ¹⁾. *Hans Böckler* — einer der großen Männer, die Geschichte machten?

Die Gewerkschaften als Interessenvertretungen der Arbeitnehmer, die auf breite Solidarität ihrer Mitglieder angewiesen sind, bieten ungünstige Bedingungen für „geniale“ einzelne oder diktatorische Autoritäten. Wer Geschichte an deren Wirken mißt, mag sagen: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat keine „großen Persönlichkeiten“, keine „Führernaturen“ hervorgebracht. Allerdings gibt es in der Geschichte der Gewerkschaften viele Männer wie Hans Böckler, die dem Fühlen, Denken und Handeln des „kleinen“ Mitglieds nahe blieben und sich deshalb nie an der Realität vorbeiorientierten, die den mühsamen Weg der Arbeiterbewegung selbst mitgegangen sind und deshalb nie deren humane Ziele vergessen haben.

Der Lebensweg Hans Böcklers dokumentiert die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften vom Kaiserreich bis in die Bundesrepublik.

Hier können nur wenige markante Abschnitte des Zusammenhangs zwischen persönlicher und Organisationsgeschichte exemplarisch vorgestellt werden. Böckler selbst soll dabei so ausführlich wie möglich zu Wort kommen.

„Es werde Licht“ — Gewerkschaften im Kaiserreich

Hans Böckler, Sohn eines Kutschers und einer Wäscherin, wuchs in der aufstrebenden Industriestadt Fürth heran. Seit seinem 14. Lebensjahr mußte er als

*) Dieser Aufsatz wäre ohne die Hilfe meines Freundes Ulrich Borsdorf nicht zustande gekommen. Er arbeitet an einer Dissertation, in der Leben und Werk Böcklers erstmals wissenschaftlich dargestellt werden.

1) Vetter, Heinz Oskar (Hrsg.): Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung. Zum 100. Geburtstag von Hans Böckler. Redaktion: Ulrich Borsdorf und Hans O. Hemmer, Köln 1975.

In diesem Band wird die hundertjährige Geschichte der deutschen Gewerkschaften in 16 Aufsätzen nachgezeichnet.

Gold- und Silberschläger den Lebensunterhalt für seine Familie sichern helfen. Ein Streik überzeugte ihn von der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation und Solidarität. 1894 trat er in die drei Jahre zuvor gegründete erste Industriegewerkschaft, den Deutschen Metallarbeiter-Verband (DMV), ein. Gleichzeitig wurde er Mitglied der SPD. Nach erfolgreicher Arbeit in der lokalen Gewerkschaftsorganisation, bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse und im Stadtrat bestellte ihn der DMV zum hauptamtlichen Funktionär an der Saar. Die Familie Böckler zog nach St. Ingbert (später nach Saarbrücken). Im bereits stark industrialisierten St. Ingbert waren 1903 ganze 30 Arbeiter in den (sozialdemokratischen) Freien Gewerkschaften organisiert. Das Saargebiet stellte damals insgesamt eine gewerkschaftliche Diaspora dar. Auch die Intensivierung der gewerkschaftlichen Agitation (von 1902 bis 1905 verstärkten die Freien Gewerkschaften den Stab ihrer hauptamtlichen Funktionäre von 111 auf 549) konnte an dieser Situation zunächst nur sehr wenig ändern.

Ein Beispiel für die Bemühungen gewerkschaftlicher Werbearbeit stellt eine von Böckler verfaßte Broschüre²⁾ „Es werde Licht — In ernster Zeit ein ernstes Wort an die Hütten- und Metallarbeiter im Saargebiet“ dar. Böckler beklagt darin:

„Nur ihr Saargebietsarbeiter allein habt nichts verspürt von all dem Sehnen nach Freiheit, das Millionen unserer Arbeitsbrüder so mächtig ergriffen hat. Bei euch war's still, totenstill. Drückt denn aber die Not des Lebens auf euch nicht ebenso, wie alle anderen Arbeiter? Müßt ihr euch nicht ebenso wie alle anderen Arbeiter? Müßt ihr euch nicht ebenso wie alle eure Arbeitsbrüder in hartem Frondienst durchs Leben schleppen? Besinnt euch doch nur einmal, ihr Hüttenleute an der Saar, wie furchtbar lang und wie schwer ihr schaffen müßt für ein paar erbärmliche Groschen. Fragt eure Frauen, eure Mütter, wie sie sich das Hirn zermartern müssen, um mit dem Lohn, den ihr verdient, haushalten zu können . . .

Ihr müßt uns helfen, das Vorurteil gegen die freien Gewerkschaften im Saargebiet zu besiegen. Ihr wißt ja, Unternehmer und Behörden bieten alles auf, uns mundtot zu machen. Kein Wirt darf uns bei Strafe schwerer wirtschaftlicher Schädigung ein Lokal zur Verfügung stellen. Unsere Flugschriften müssen wir bei Nacht verbreiten; Unternehmer, Zivil- und Militärbehörden, Bürgermeister, Polizisten und Gendarmen stellen sich unseren Agitationen entgegen. Dreißig Zeitungen schmähen und verleumden uns jeden Tag, ja selbst die Gotteshäuser werden entweiht, selbst dort werden wir von unseren Gegnern beschimpft. In Reden und Traktaten haben die verhetzten Mitglieder christlicher Vereine unsere Versammlungen gesprengt und uns den Saal abgetrieben. Selbst Arbeiter ... kämpfen in ihrem Irrtum gegen uns, zum Schaden der Arbeiter . . . Zerschneidet die Sklavenfessel, macht euch frei!“

Diese eindringliche Schilderung gewerkschaftlichen Kampfes trifft die Lage der Gewerkschaften im Wilhelminischen Reich recht genau — wenn auch in der betreffenden Zeit die gewerkschaftlichen Erfolge in weniger konservativ geprägten Gegenden Deutschlands den gesellschaftlichen Wandel andeuteten.

Von der Gründung erster gewerkschaftlicher Organisationen am Ende der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts an schienen die Hindernisse breiter gewerk-

2) Diese Broschüre, die — wie der Sohn Böcklers, Georg Böckler, bestätigt hat — tatsächlich aus der Feder Böcklers stammt, galt bis vor kurzem als verschollen. Ulrich Borsdorf hat sie wiederaufgefunden und in seinem Beitrag zur Böckler-Festschrift („Hans Böckler — Repräsentant eines Jahrhunderts gewerkschaftlicher Politik“, S. 15—58) ausführlich zitiert und analysiert. Das hier wiedergegebene Zitat nach Borsdorf, a.a.O., S. 21—23.

schaftlicher Solidarität unüberwindbar: Staat, Unternehmer und auch die Kirchen trachteten mit ihren Mitteln den Ausbau von Gewerkschaften zu behindern und ihre sozialpolitischen Forderungen zu unterdrücken. Der Staat versuchte es mit enger Auslegung der Vereinsgesetzgebung, Sozialistengesetz und „Zuchthausvorlage“, die Unternehmer scheuten nicht persönliche Repressalien und Vergünstigungen, ließen schwarze Listen kursieren und regten wirtschaftsfriedliche „gelbe Werkvereine“ an; viele Pfarrer geißelten die „Gottlosigkeit“ des gewerkschaftlichen Engagements.

Darüber hinaus erschwerten zünftlerisches Denken und Standesdünkel, Autoritätsgläubigkeit und mangelhafter Bildungsstand, Arbeitsbelastung, erzwungene Mobilität und Existenznot bei vielen Lohnabhängigen in der Zeit der Industrialisierung die Verwirklichung solidarischer Interessenvertretung. Schließlich hatten sowohl der von *Lassalle* gegründete Allgemeine Deutsche Arbeiter-Verein (ADAV) und die von *Bebel* *Liebke* geführte Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SAP) als auch die aus deren Zusammenschluß entstandene SPD die Gewerkschaften lange als „Juniorpartner“, als Rekrutenschule der Partei, angesehen.

Trotz dieser erheblichen Hindernisse, trotz der — beinahe mit Regelmäßigkeit wiederkehrenden — Wirtschaftskrisen stieg die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder kontinuierlich: 1877 waren rund 3500 Metallarbeiter gewerkschaftlich organisiert, 1895 hat der DMV immerhin mehr als 33 000 Mitglieder (= 15,5 vH der Beschäftigten).

Ähnlich wie die Sozialdemokratische Partei hatten sich die Freien Gewerkschaften im Kaiserreich im Widerspruch und im Widerstand zu der bestehenden Staats- und Gesellschaftsform entwickelt. Ihre Diskriminierung ließ eine Zusammenarbeit mit den herrschenden Kräften, denen „da oben“, nicht zu.

Nach dem Ende des Sozialistengesetzes (1890), am Beginn einer wirtschaftlichen Aufschwungphase, bei rapide steigenden Mitgliederzahlen (ab 1895), stellte sich die Frage nach der Art der gewerkschaftlichen Interessenvertretung anders, schien eine graduelle Verbesserung der Lage der Arbeiter erstmals möglich. Die Gewerkschaften begannen mit sozialpolitischer Kleinarbeit — getreu ihrer Aufgabe, wirtschaftliche und politische Fortschritte für die Arbeiterschaft innerhalb und in Anerkennung des vorgefundenen Gesellschaftssystems zu erreichen. Darüber das Endziel der Arbeiterbewegung — die sozialistische Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsform — zu vergessen und in einen perspektivenlosen „Reformismus“ zu verfallen, wurde ihnen von ihren Kritikern, vor allem aus der Sozialdemokratie, vorgeworfen. Der Streit spitzte sich im Verlauf der Massenstreikdebatte von 1905/06 zu — der Diskussion darüber, ob in gewissen Fällen (Angriff auf Koalitions- und Wahlrecht) der politische Massenstreik propagiert werden solle. Die Gewerkschaftsvertreter lehnten den politischen Massenstreik strikt ab und setzten sich schließlich gegen die Partei durch.

Sie sprachen sich für die Stärkung ihrer Organisation aus und damit für die „ruhige Entwicklung“, die ihnen nötig erschien, um das Los der Arbeiterschaft im bestehenden, einstmals heftig bekämpften System nach und nach zu verbessern.

In den Jahren bis zu Beginn des Ersten Weltkrieges gewann die von den Gewerkschaften getragene reformistisch-pragmatische Politik auch in der SPD an Boden. Die Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD-Reichstagsfraktion am 4. August 1914, eine Entscheidung, die von den Gewerkschaftsführern vorweggenommen war, dokumentierte die Integration einer Mehrheit von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern in den Wilhelminischen Staat. In einer kritischen Phase voller nationalistischer Emotionen wurde offenkundig, daß diese Integration auch bei einer Mehrheit von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern stärker war, als es das Diktum von den „vaterlandslosen Gesellen“ suggerieren wollte, und Reform, nicht Umsturz Ziel ihrer praktischen Politik war.

Sozialdemokraten und Gewerkschaften sind seit der Politik des 4. August immer wieder des „Verrats“ an Grundüberzeugungen der internationalen Arbeiterbewegung gescholten worden. In der Tat hat diese Entscheidung die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung gekostet. Andererseits — hätten sie sich wirklich der nationalen Begeisterung, die die gesamte Bevölkerung erfaßt hatte, entziehen können? Hans Böckler hat sich rückschauend zu dieser umstrittenen Entscheidung in einer Sitzung der Kölner Stadtverordnetenversammlung 1925 kritisch und selbstkritisch geäußert:

„... lassen Sie uns doch nicht immer ausschließlich an die Bewilligung der Kriegskredite denken, sondern lassen Sie uns dann und doch einmal an das Riesenmaß von politischer Dummheit, von politischer Gleichgültigkeit, ja Ignoranz, denken, das wir damals zu verzeichnen hatten, als das große Unglück losbrach. (Unruhe bei den Kommunisten, Glocke des Vorsitzenden.) Um aber den Dingen für die Zukunft wenigstens hier etwas vorzubeugen, noch eins:

Angesichts der vielen Vorwürfe gegen meine Partei und ihre Haltung in der Kriegszeit bitte ich inständigst jede und jeden, sich doch einmal auf die eigene Haltung in jenen kritischen Tagen des Jahres 1914 gründlich zu prüfen. Ich bin nämlich überzeugt, stünde es jedem an der Stirn geschrieben, dann wären die allermeisten der jetzigen Schreier zum ewigen Maulhalten verurteilt, weil das Mal auf der Stirne etwas ganz anderes zeigte, als die Leute bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit zum Vortrag bringen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten³⁾.)“

Während des Ersten Weltkrieges kam es zu vielfältiger Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Behörden und mit dem „Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst“ (Kriegshilfsdienstgesetz) von 1916 wurden die Gewerkschaften faktisch vom Staat anerkannt. Der „Anpassungs“-Kurs hatte erste Früchte getragen. Die Unternehmer sahen die Kooperation zwischen Gewerkschaften und Behörden einstweilen noch skeptisch. Erst als die deutsche Niederlage sich unverkennbar abzeichnete, lenkten auch die Industriellen ein. Sie hatten erkannt, welch

3) Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung zu Köln, 13. Sitzung vom 16. Oktober 1925, Protokoll, S. 381.

wichtige Rolle die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften für den Fall weitgehender Forderungen aus der Arbeiterschaft nach einem verlorenen Krieg spielen würde. Im Oktober 1918 begannen, unter maßgeblicher Beteiligung von *Hugo Stinnes* und *Carl Legten*, die Vorgespräche für eine „Zentralarbeitsgemeinschaft“ (ZAG). Wenige Tage nach der November-Revolution, am 15. November 1918, wurde das ZAG-Abkommen unterzeichnet. Damit war ein weiteres Ziel vieler Gewerkschafter erreicht: die Anerkennung der Gewerkschaften als „Tarifpartner“.

Anpassung und Scheitern — Die Gewerkschaften in der Weimarer Republik

Die ZAG sollte den Zweck erfüllen, „die gemeinsame Lösung aller die Industrie und das Gewerbe berührenden wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen sowie aller sie betreffenden Gesetzgebungs- und Verwaltungsangelegenheiten“ (Achtstundentag) herbeizuführen. Sie setzte sich zusammen aus Zentralauschuß, Zentralvorstand und 14 Reichsarbeitsgemeinschaften für die verschiedenen Industriezweige, jeweils paritätisch mit Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern besetzt.

Die Unternehmer sahen in dieser Anerkennung der von ihnen jahrzehntelang bekämpften und als Vertretung der Arbeitnehmer abgelehnten Gewerkschaften die einzige Chance, der Durchsetzung der Forderungen nach Sozialisierung und Räte­demokratie zu entgehen.

Die Gewerkschaftsführer hatten sich ebensowenig wie die Führer der Mehrheitssozialdemokratie (1917 war die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands [USPD] gegründet worden) an die Spitze der revolutionären Bewegung in der Arbeiterschaft gestellt. Sie erhofften sich von der Zusammenarbeit mit den Unternehmern und der gesellschaftlichen Anerkennung einen Machtzuwachs und damit die Möglichkeit einer allmählichen und besser vorbereiteten Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft.

Hans Böckler gehörte zu den Gewerkschaftern, die diese Politik vertraten. Er war deshalb von Carl Legien zum Sekretär der ZAG bestellt worden. Böckler hatte seit 1908 im DMV Karriere gemacht. Er hatte zunächst in der Bezirksleitung Frankfurt des DMV gearbeitet, war dann Bezirksleiter für Schlesien (Sitz Breslau) geworden und wechselte schließlich in die Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung nach Berlin über. Nachdem er 1915 an der Ostfront verletzt worden war, leistete er während des Ersten Weltkrieges Gewerkschaftsarbeit in Danzig, Kattowitz und Siegen. Eines ist kennzeichnend für die gewerkschaftliche Arbeit Böcklers bis dahin: Überall dort, wo er tätig war, hatten es die Gewerkschaften schwerer als anderswo, ließen sich die politisch oder religiös gebundenen Arbeiter kaum organisieren, übten Behörden, Unternehmer und Kirche besonderen Druck aus. Einem Gewerkschafter wie Böckler mußten Spontaneität und Aggressivität der großstädtischen Arbeiter und ihre Forderungen (etwa nach Räte­demokratie

und Sozialisierung) befremdlich vorkommen. Er fürchtete unabsehbare Folgen bei einer möglichen Etablierung der Rätebewegung.

Böckler setzte — im Laufe der Jahre selbst ins gewerkschaftliche „Establishment“ aufgerückt — auf jene vielbeschworene „ruhige Entwicklung“, die ihm allein den Bestand der Organisation und gewerkschaftliche Erfolge auf Dauer zu sichern schien. Beim Kongreß des DMV im Oktober 1919 versuchte er die Arbeitsgemeinschaftspolitik zu begründen:

„Ich zähle nicht zu den Vätern der Arbeitsgemeinschaft und leider auch nicht zu den führenden Männern. Ich bin rein zufällig zur Arbeitsgemeinschaft gekommen, und das subalterne Verhältnis ermöglicht mir eine vollständige, objektive Stellungnahme zu den Dingen. Ich stehe seit Monaten den Dingen etwas näher als die meisten von Ihnen, und deshalb ist es mir vielleicht möglich, das eine oder andere Vorurteil gegen die Arbeitsgemeinschaft zu zerstreuen . . . Der Industriekapitalismus hat sich in der Kriegszeit vollgesogen bis nahezu zum Platzen. Liegt er wirklich am Boden? Hat uns nicht der Handelskapitalismus Beweise seiner Lebensfähigkeit gegeben, an die wir alle miteinander nur mit Schauern denken, vom Agrarkapitalismus gar nicht einmal zu reden.

Also, der Kapitalismus steht immer noch auf beiden Füßen, und wir können nur zugeben, er hatte einige schwere, für ihn recht bedrohliche Stunden durchzumachen in den ersten Tagen des Novembers, als sich die Millionen in Marsch gesetzt hatten und die Front genommen hatten gegen den Kapitalismus auf der ganzen Linie. Da konnte dem Kapitalismus wahrlich nicht recht geheuerlich zumute sein. Aber in dem Augenblick, wo der linke Flügel dieses Millionenheeres, das sich mit der Front gegen den Kapitalismus in Marsch gesetzt hatte, einschwenkte und seinen Stoß statt gegen den Kapitalismus, gegen das Zentrum und den rechten Flügel der anmarschierenden Front des Proletariats richtete, in dem Augenblick konnte sich der Kapitalismus gratulieren zu dem, was ihm gegen all seine Hoffnung so unerwartet, auch von uns völlig unerwartet, in den Schoß fiel. Daß der Kapitalismus nicht am Boden lag, dafür spricht auch der folgende Satz der Erklärung des Kollegen Müller (Berlin): ‚Beim Ausbruch der Revolution versuchte die kapitalistische Gesellschaft durch straffen Zusammenschluß ihrer Kräfte die Arbeiterschaft zu willenslosen Ausbeutungsobjekten zu machen.‘ Dazu ist niemand fähig, der ohnmächtig am Boden liegt. Wenn man die Dinge so sah, konnte man mit Fug und Recht zu dem Gedanken kommen, mit den Unternehmern zu einer Arbeitsgemeinschaft, beileibe nicht zu einer Interessengemeinschaft, sich zusammenzufinden. Ich bitte, diesen Unterschied zu beachten. Von einer Interessengemeinschaft konnte natürlich nie im geringsten die Rede sein. Sowohl die Arbeitgeber- wie die Arbeitnehmervertreter behielten sich vor, daß sie auch in der Arbeitsgemeinschaft in vollem Umfang auf die Wahrung ihrer Interessen bedacht sein könnten. Es handelt sich nur darum, beim Ausgleich dieser Interessen Formen zu finden, die in die heutige Zeit passen, wie wir uns ja durch Jahrzehnte bemüht haben, in unseren Auseinandersetzungen mit den Unternehmern zu Formen zu kommen, bei denen die Allgemeinheit bestehen könnte. Bei dem Zusammen-treten der Arbeitsgemeinschaft wurde natürlich auch die Frage geprüft, ob es den freige-werkschaftlich organisierten Arbeitern zugemutet werden könnte, gegenüber den Unter-nehmern der Industrie mit den Hirsch-Dunckerschen und christlichen Arbeitern zusammen-zugehen. Die Bedenken dagegen mußten angesichts der Notwendigkeit zurückgestellt werden, wie wir sie auch sonst in Tausenden von Fällen zurückgestellt haben⁴).“

Die Delegierten ließen sich von Böcklers Argumentation nicht überzeugen. Der Kongreß, bei dem die USPD die Mehrheit stellte, beschloß den Austritt des DMV aus der ZAG.

Trotz dieser pessimistischen Einschätzung schien die gewerkschaftliche Anpassungspolitik erfolgreich: Die Mitgliederzahlen der Freien Gewerkschaften stiegen

4) Generalversammlung des DMV, Stuttgart 1919, Protokoll, S. 277.

seit Kriegsende schnell (1918: 1,6 Mio., 1919: 5,5 Mio.), und Ende 1922 waren mehr als 8 Millionen freigewerkschaftlich organisiert. Der Angriff der Reaktion auf die junge Republik durch *Kapp*, *Lüttwitz* und ihre Freikorps scheiterten vor allem an der entschiedenen Haltung der Gewerkschaften und der Kampfbereitschaft ihrer Mitglieder.

Die Abhängigkeit von gewerkschaftlich nicht beeinflussbaren oder beeinflussten Faktoren erwies sich allerdings sehr rasch angesichts von Ruhrbesetzung und galoppierender Inflation und damit einhergehendem unternehmerischem Angriff auf sozialpolitische Errungenschaften der Revolution: 1923 versuchten schwerindustrielle Unternehmer an der Ruhr, den Achtstundentag eigenmächtig und einseitig wieder aufzuheben. An diesem Punkt erwies sich die ZAG endgültig als unbrauchbares Instrument, stellte sich die Politik der Arbeitsgemeinschaft als Fehlschlag für die Gewerkschaften heraus. Die Mitgliederzahlen sanken rapide: 1926 waren nur noch knapp 4 Millionen freigewerkschaftlich organisiert.

Böcklers Karriere, die mit der ZAG verknüpft war, wurde 1920 — nach dem Austritt des DMV aus der ZAG — unterbrochen. Für Böckler war in dem von der USPD dominierten DMV-Vorstand kein Platz; er wurde DMV-Bevollmächtigter der Ortsverwaltung Köln. Dort hatte er sich sogleich der handfesten Gewerkschaftsarbeit zu widmen: den Vorbereitungen für die Betriebsrätewahlen nach dem Betriebsrätegesetz von 1920. In diesem Gesetz waren letzte Reste der Räteidee enthalten, nicht zuletzt deshalb standen die Gewerkschaften der Institution „Betriebsräte“ zunächst skeptisch gegenüber. Sie fürchteten, die Betriebsräte könnten sich zu einer syndikalistischen Konkurrenz formen. Im Lauf der Zeit entwickelten sich die Betriebsräte jedoch zu Stützen der Gewerkschaften in den Betrieben.

Die Nachrichten über Böcklers Kölner Tätigkeit sind spärlich. Er beteiligte sich dort an der Gründung des „Freigewerkschaftlichen Seminars für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ an der Universität Köln, da er das Problem der Qualifizierung von Betriebsräten, Gewerkschaftern, Vertrauensleuten für wesentlich hielt. Von 1924 bis 1928 hat er der Kölner Stadtverordnetenversammlung angehört. Aus dieser Zeit stammt seine Bekanntschaft mit dem damaligen Kölner Oberbürgermeister *Konrad Adenauer*, mit dem er zahlreiche heftige und kernige Auseinandersetzungen führte. In seiner Kölner Zeit lernte er auch markante Repräsentanten der christlichen Arbeiterbewegung wie *Jakob Kaiser* und *Johannes Albers* kennen und schätzen. Den wesentlichsten Teil von Böcklers Tätigkeit machte die zähe Kleinarbeit um sozialpolitische Fortschritte bzw. die Erhaltung des z. T. minimalen sozialen Besitzstandes der abhängig Beschäftigten aus.

Ein Beispiel dafür, daß es ihm nicht nur um die Beseitigung der materiellen Sorgen der Lohnabhängigen ging, ist sein Eintreten für die Aufhebung einer ministeriellen Verfügung, nach der Erwerbslose nach 39 Wochen von der Erwerbslosenunterstützung ausgeschlossen werden sollten:

„Weiter aber ist zu vermerken, daß die seelische Verfassung jedes durch die Verfügung betroffenen Erwerbslosen sich noch weiter verschlechtert, wenn er nun nicht mehr Erwerbslosenunterstützung, sondern statt dessen Wohlfahrtsunterstützung beziehen soll. Der **auf** Wohlfahrtsunterstützung angewiesene Erwerbslose fühlt sich um ein weiteres deklassiert, und in dieser Deklassierung der armen Leute liegt nach meinem Gefühl die allergrößte Härte. Ich möchte sagen: Es werden durch diese Verfügung am schließlichen Ende Verheerungen im Seelenleben dieser Leute angerichtet, die um vieles größer sind als die materielle Einbuße, welche die betreffenden Erwerbslosen durch diese Verfügung erleiden und hinzunehmen haben⁵⁾.“

Verteidigung der demokratischen Verfassung und Ausbau der Sozialpolitik — das blieben die Grundsätze gewerkschaftlicher Politik während der Weimarer Republik — auch nach dem Scheitern der ZAG. Seit dem konjunkturellen Aufschwung 1924 schien diese Politik wieder erfolgreich — die überwiegende Mehrzahl der Gewerkschaftsmitglieder hatte Arbeit, es wurden ansehnliche Tarifierhöhungen durchgesetzt, mit dem Gesetz für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) wurden wesentliche soziale Absicherungen geschaffen und den Gewerkschaften wichtige Selbstverwaltungsfunktionen übertragen.

Daneben wurde innerhalb der Freien Gewerkschaften auch über die Möglichkeiten einer grundlegenden und umfassenden wirtschaftlichen Neuordnung nachgedacht: Bereits der ADGB-Kongreß 1925 in Breslau diskutierte Vorschläge zur „Wirtschaftsdemokratie“. Das in vielen Bereichen (etwa beim Verhältnis zwischen betrieblicher und überbetrieblicher Mitbestimmung) widersprüchliche und inkonsequente Konzept, das insgesamt defensiven Charakter aufwies, blieb — angesichts der Schwäche der Gewerkschaften — sowohl bei den Mitgliedern als auch bei den Unternehmern ohne Resonanz. Große Beachtung fand erst das beim ADGB-Kongreß 1928 in Hamburg vorgelegte, von *Fritz Naphtali* herausgegebene Buch „Wirtschaftsdemokratie — Ihr Wesen, Weg und Ziel“. Darin wird versucht, die tägliche gewerkschaftliche „reformistische“ Praxis mit dem Ziel der „sozialistischen“ gesellschaftlichen Neuordnung zu verknüpfen. Die Unternehmer reagierten prompt und lautstark. Sie fürchteten, den Gewerkschaften könne es mit Hilfe der sozialdemokratisch geführten Regierung gelingen, ihre Vorstellungen zu realisieren. Sie setzten fortan ihre publizistischen und politischen Mittel noch entschiedener ein, um die gewerkschaftlichen Vorstellungen zu bekämpfen und die staatliche Politik zu beeinflussen. Die 1929 beginnende Weltwirtschaftskrise erleichterte diese Bestrebungen in vielen Fällen; den Freien Gewerkschaften gelang dagegen nicht, was zur Durchsetzung wirtschaftsdemokratischer Politik unabdingbar gewesen wäre, ihre programmatischen Überlegungen in der Mitgliedschaft bekanntzumachen, die „Basis“ daran zu interessieren, zu aktivieren, zu mobilisieren. Die Wirtschaftsdemokratie war nicht „eine Ideologie. . ., an die die Massen glauben können, ein Ideal“, wie es *Fritz Tarnow* bereits 1925 als notwendig empfunden hatte. Nicht allein die wirtschaftliche Notlage vieler Arbeiter, die Arbeitslosigkeit, bewirkten dieses Desinteresse, sondern

5) Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung zu Köln, 12. Sitzung vom 23. Juli 1924, Protokoll, S. 321.

auch die fehlende Einbeziehung der betrieblichen Ebene (von der „Basis“ ganz zu schweigen) in das auf die Entscheidungsebene fixierte Wirtschaftsdemokratie-Konzept.

Daß sozialpolitische Errungenschaften in der Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems auch unter einer sozialdemokratisch geführten Reichsregierung zur Disposition standen, mußten die Gewerkschaften 1930 erkennen: Ein Abbau der Arbeitslosenunterstützung stand zur Debatte. Die Gewerkschaften, die dahinter eine Generaloffensive der Unternehmer vermuteten und sich außerdem von der Mitgliedschaft bedrängt fühlten, reagierten unnachgiebig. Die Folge war der Bruch der Regierungskoalition, von vielen als der Anfang vom Ende der Weimarer Republik bezeichnet.

Kann man diese Entscheidung der Gewerkschaften noch unter gewissen taktischen Aspekten verteidigen, so bleibt die gewerkschaftliche Einschätzung der Nationalsozialisten und ihrer politischen Bedeutung unerklärlich. *Hitler* und seine Partei wurden von den Gewerkschaften zu lange nicht ernstgenommen. Nachdem die Wahlen von 1930 für die SPD verlorengegangen waren, die Nationalsozialisten die zweitstärkste Partei stellten, war es zu spät. Den Gewerkschaften blieb nur noch die Tolerierung der „stillen Diktatur“ *Brünings*; wurde sie zu Fall gebracht, konnte nur eine „offene Diktatur“ folgen. Zwar legten die Gewerkschaften mit einem Arbeitsbeschaffungsprogramm (WTB-Plan) 1931/32 schließlich doch noch eine Alternative zur amtlichen Deflationspolitik vor, ihre realpolitische Machtlosigkeit zeigte sich eindeutig beim Staatsstreich *Papens* am 20. Juli 1932⁶). Die Gewerkschaften sind für ihr Verhalten in dieser Situation, als sie zahllose kampfbereite Mitglieder mit Appellen zur Besonnenheit vom Gegenschlag abhielten, heftig und zum Teil berechtigt kritisiert worden. Nicht zu übersehen ist jedoch, daß gewaltsamer Widerstand zum Bürgerkrieg in Deutschland geführt hätte. Abgesehen davon, daß die Gewerkschaftsführungen das Risiko eines Bürgerkrieges nicht eingehen wollten, war die „Eiserne Front“, der Kampfverband aus Reichsbanner und Freien Gewerkschaften, allein einem Bürgerkrieg nicht gewachsen.

Hans Böckler hat diesen Verfallsprozeß der Demokratie und der Gewerkschaften als Leiter des mächtigen ADGB-Bezirks Rheinland und Westfalen (seit 1927) und als Mitglied des Reichstags (ab 1928) miterleben müssen. Es ist nicht bekannt, welche Haltung Böckler zu dem unglücklichen Kurs des ADGB-Vorsitzenden *Theodor Leipart* „Rettung durch Anpassung“ bezogen hat — es gibt jedoch Anzeichen dafür, daß er sich unnachgiebiger gegenüber dem Faschismus zeigen wollte, als es die ADGB-Spitze getan hat. So forderte Böckler die Bewaffnung des Reichsbanners und, wenn nötig, der Gewerkschaften — ein Hinweis, daß er den Bürgerkrieg in Kauf genommen hätte? Wenn auch kraftvoll-

8) Reichskanzler von Papen entthob die preußische Regierung unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun (Innenminister: Carl Severing) des Amtes,

markige Worte von Arbeiterführern damals nicht selten waren, so läßt sich wohl auch Böcklers Rede nach dem Preußenschlag am 24. Juli 1932 in der Kölner Rheinlandhalle dahingehend interpretieren. Er schloß mit den Worten:

„Wir Sozialisten und freien Gewerkschaftler Deutschlands, Demokraten und aufrechte Bürger erkennen, wohin die Reise gehen soll, daß mit Hilfe des Faschismus die deutschen Arbeiter zu Paaren getrieben werden sollen. Es wird Zeit, daß die vernünftigen und anständigen Elemente im Lande sich rüsten zur Abwehr der asiatischen Methoden, zu denen das Kabinett der Freiherren überleiten soll. Wir sind jedenfalls willens, unter allen Umständen zu verhüten, daß es in Deutschland zu italienischen, polnischen und ungarischen Zuständen kommt. *Unerbittlicher Kampf* bis zur *Vernichtung des Faschismus*, das ist die Losung unserer Tage (Beifall). Kampf um Freiheit, um die Ehre des Volkes, um die Arbeiterehre (Beifall). Kampf um ein bißchen Lebensglück. Vorwärts, vorwärts! und nicht zurück, vorwärts, zum Angriff! (Stürmischer Beifall). Wir werden den Faschismus schlagen, weil wir ihn schlagen wollen und schlagen müssen (stürmischer, minutenlanger Beifall) 7).“

Böcklers entschlossene Worte können nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch er nicht konkret anzugeben wußte, wann und wie der „Kampf“ gegen die Nationalsozialisten geführt und gewonnen werden sollte.

Niederlage und Widerstand — Die Gewerkschaften während der nationalsozialistischen Diktatur

Am 30. Januar 1933 wird Adolf Hitler Reichskanzler. Am 27. Februar brennt der Reichstag. Noch in der gleichen Nacht beginnt eine Verhaftungsaktion, bei der Kommunisten, Sozialdemokraten und bürgerliche Oppositionelle festgenommen werden. Bei der Reichstagswahl vom 5. März 1933 erhält die NSDAP rd. 44 vH der Stimmen (SPD 18,3 vH; KPD 12,3 vH; Zentrum/BVP 14 vH). Am 23. März beschließt der Reichstag das „Ermächtigungsgesetz“ (Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich), mit dem faktisch die Weimarer Verfassung außer Kraft gesetzt wird.

Zur Teilnahme an der Feier des von den Nationalsozialisten zum „Tag der nationalen Arbeit“ erklärten 1. Mai rufen auch die Freien Gewerkschaften ihre Mitglieder auf. Am 2. Mai werden in Deutschland die Gewerkschaftshäuser besetzt. Der Versuch, die Gewerkschaftsorganisationen durch „Anpassung“ über das „Dritte Reich“ zu retten, ist endgültig gescheitert. Zahllose Gewerkschafter müssen — ebenso wie Kommunisten, Sozialdemokraten u. a. — in die Emigration fliehen, müssen „untertauchen“ oder werden in Konzentrationslager verschleppt.

Am 2. Mai besetzten die Nationalsozialisten auch die Büroräume der Gewerkschaften in Düsseldorf. Böckler wurde verhaftet. Die NSDAP stellte gegen ihn Strafantrag wegen Veruntreuung von Geldern und Aktenvernichtung. Böckler wurde später, nachdem er sich zu seinem Sohn begeben hatte, in Berlin in „Schutzhaft“ genommen; sein Fall im Februar 1934 in Düsseldorf verhandelt. Er

7) Zit. nach „Rheinische Zeitung“ Nr. 173 vom 25. Juli 1932.

wurde — dank geschickter Verteidigung — freigesprochen. Von diesem Zeitpunkt an lebte Böckler zurückgezogen in Köln. Er wurde polizeilich überwacht und mehrfach aus seiner Wohnung geholt. Ob er aktiv Widerstand gegen das NS-Regime geleistet hat, ist ungeklärt. Sicher ist, daß er Kontakte zu *Wilhelm Leuschner* und Jakob Kaiser unterhielt. Von 1943 bis 1945 lebte Böckler in einer selbstgebauten Holzhütte im Bergischen Land. Dort spürte ihn die Gestapo nicht auf. Kurz vor Kriegsende holte ihn der aus englischer Emigration zurückgekehrte *Werner Hansen* von dort nach Köln. Sofort half er beim Neuaufbau der Gewerkschaften.

Wiederaufbau — Die Gewerkschaften nach 1945

In den letzten Monaten der Weimarer Republik, als die Machteroberung der Nationalsozialisten nicht mehr abzuwenden war, hatten sich die Spitzen der sozialdemokratischen, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsrichtungen zusammengefunden, um die Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu schaffen. Die Errichtung der nationalsozialistischen Terrorherrschaft machte diese Ansätze zunichte. Der Gedanke der Einheitsgewerkschaft jedoch wurde in Widerstand und Emigration wachgehalten und weitergedacht.

Für einen Gewerkschafter wie Hans Böckler war es nach 1945 eine selbstverständliche Pflicht, den Auftrag Leuschners „Schafft die Einheit“ zu verwirklichen: Bereits im April 1945 versuchte er, bei den Besatzungsmächten sein Konzept der Einheitsgewerkschaft durchzusetzen. Die Grundlinien hatte er in einem Entwurf „Einige Erläuterungen zur Absicht der Wiedererrichtung einer Gewerkschaft“ niedergelegt:

„Fast allenthalben haben . . . ehemals in den freien oder christlichen Verbänden Organisierte miteinander und zusammen mit kommunistisch orientierten Kollegen Fühlung genommen. Dabei ergab sich, gleichstark bei jedem Teile, der Wunsch auf Wiedererstehen der Gewerkschaft und übereinstimmend die Absicht der Zusammenfassung von Arbeitern, Angestellten und Beamten *in einem einzigen Bund*. Die *Einheitsgewerkschaft* ist das Ziel aller, die guten Willens sind. Wie aber sollte diese aussehen, wie ihre Form, welcher ihr Inhalt und Zweck? Diejenigen, die sich mit der Frage beschäftigten, sind dahin übereingekommen, daß der Bund nicht als Dachorganisation, sondern eben als die Einheits- und einzige Gewerkschaft, in straffer Zentralisation 17 Industrie- bzw. Berufsgruppen, jede in sich Arbeiter, Angestellte und Beamte vereinigend, umfassen sollte⁸⁾.“

Die Besatzungsmächte schrieben einen allmählichen, streng in Phasen gegliederten Aufbau der Gewerkschaften von unten nach oben vor. Um überhaupt gewerkschaftliche Arbeit leisten zu können, akzeptierten Böckler und andere Gewerkschaftsgründer diese Vorschriften. Böckler sagte im Dezember 1945: „Wir müssen endlich zur Anerkennung und zur Arbeit kommen. Wie können wir das aber erreichen? Es wird möglich sein, wenn wir unsere Pläne ändern. Das heißt,

8) „Einige Erläuterungen zur Absicht der Wiedererrichtung einer Gewerkschaft.“ DGB-Archiv, Material Böckler (Original im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf).

daß wir zunächst autonome Gewerkschaften aufzubauen haben, ohne unsere weitgehenden und zusammenfassenden Pläne aus dem Auge zu verlieren⁹⁾."

Die „weitgehenden Pläne" erfüllten sich allerdings auch später nicht. Nachdem sich die Gewerkschaften auf Landes- und Zonenebene konstituiert und später zusammengeschlossen hatten, wurde 1949 in München mit dem DGB eine andere Einheitsgewerkschaft gegründet, als Böckler sie ursprünglich erstrebt hatte: ein Dachverband mit 16 autonomen Industriegewerkschaften.

Das beherrschende Thema des Gründungskongresses, bei dem Hans Böckler zum DGB-Vorsitzenden gewählt wurde, war die Neuordnung der Wirtschaft. In den ersten Nachkriegsjahren hatten die Gewerkschaften sich in erster Linie mit der Wiedererrichtung starker Organisationen beschäftigen müssen; dabei hatte die Entwicklung von Konzepten für eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Neuordnung, die nicht nur von Gewerkschaftern nach den Erfahrungen mit dem deutschen Faschismus für zwingend angesehen wurden, zurücktreten müssen.

Unmittelbar nach Kriegsende war es — z. B. auch für christlich-soziale Politiker — selbstverständlich, daß eine demokratisch verfaßte Gesellschaft eine Demokratisierung der Wirtschaft voraussetze. In diesem Zusammenhang galt die Sozialisierung gewisser Wirtschaftsbereiche als notwendig. Böckler gab dieser weitverbreiteten Einsicht Ausdruck, wenn er 1946 in Bielefeld sagte:

„Handelt es sich um einen vollständigen Neuaufbau, so sind die Voraussetzungen da für neue Wirtschaftsformen, die wir ja nicht erst jetzt sehen, sondern die zu finden wir seit Jahrzehnten bemüht waren. Welches aber sollen die Formen sein? Verstaatlichung auf der ganzen Linie, genossenschaftliche Betriebsform, alle diese Dinge beschäftigen uns.

Wir kamen bis jetzt zu keinen Lösungen. Eines steht fest, allergrößter Einfluß der Arbeitnehmer auf die Wirtschaft muß sein. Politische Demokratie, die wir anstreben, für die wir durch Jahrzehnte geblutet haben, hat zur Voraussetzung: wirtschaftliche Demokratie. Die Frage Wirtschaftsdemokratie spielte im Ersten Weltkrieg bereits eine große Rolle. Wir hatten uns gleich von Anbeginn der totalen Niederlage gesagt: Ein zweites Mal sollte es dem deutschen Arbeitnehmer nicht passieren, was in den Jahren 1920/21 passiert ist. Daß sie trotz ihrem ehrlichen Streben letzten Endes doch wiederum die Betroffenen sind, sagt uns: „Also Einflußnahme auf die Wirtschaft in einem Ausmaß wie das des vorhandenen Gegenspielers¹⁰⁾."

Zwischen 1946 und 1949 wurden Entscheidungen getroffen und formierten sich Kräftekonstellationen, die den Spielraum gewerkschaftlicher Politik hinsichtlich einer echten wirtschaftlichen Neuordnung einengten. Die Besatzungsmächte erhoben ihr Veto gegen alle Sozialisierungspläne; die Unternehmer wurden in ihre „alten Rechte" wieder eingesetzt; Hunger und Not lenkten das Interesse eines größeren Teils der Arbeitnehmer auf die Bewältigung grundlegender Lebensbedürfnisse; mit dem Marshall-Plan wurden die Weichen für den Einbau eines westdeutschen Teilstaates in die amerikanische Einflußsphäre gestellt; der

9) Zit. nach „Die Gewerkschaftsbewegung in der britischen Besatzungszone". Geschäftsbericht des DGB (Brit. Besatzungszone) 1947—1949. Köln 1949, S. 658. 10) 1. Gewerkschaftskonferenz der britischen Zone, Bielefeld März 1946, Protokoll, S. 1821.

Wahlsieg der CDU, die inzwischen das „Ahlemer Programm“ zu den Akten gelegt hatte, schmälerte die Chance zu grundlegenden wirtschaftlich-gesellschaftlichen Reformen in der jungen Bundesrepublik.

Den verbleibenden geringen Spielraum genutzt zu haben, ist einer der Verdienste Hans Böcklers. In den Jahren 1950 bis 1952 konnte es nur noch darum gehen, bereits von der britischen Besatzungsmacht zugestandene Mitbestimmungsrechte bei Kohle und Stahl zu erhalten. Die Beteiligung von Arbeitnehmern und Gewerkschaftsvertretern an den Unternehmensorganen entsprach — nach Ansicht von Unternehmern und Regierung — nicht deutschem Recht.

Hans Böckler war es, der — überzeugt von der Gerechtigkeit seiner Sache und in der Gewißheit, daß dies eine in absehbarer Zeit nicht wiederkehrende Gelegenheit war, auch nur einen Bruchteil der gewerkschaftlichen Pläne durchzusetzen — alle Kräfte für die gesetzliche Sicherung der Mitbestimmung bei Kohle und Stahl mobilisierte. Niemand konnte daran zweifeln, daß er entschlossen war, sämtliche gewerkschaftlichen Mittel für dieses Ziel einzusetzen. Die Urabstimmungen zu einem möglichen Streik für die Mitbestimmung erwiesen die Kampfbereitschaft. Auch Konrad Adenauer mußte Böcklers Entschlossenheit ernst nehmen, das hatten ihn die politischen Auseinandersetzungen mit Böckler im Kölner Stadtrat gelehrt. Nach vielen Gesprächen mit dem DGBT Vorsitzenden sah er wohl ein, daß die Aussetzung einer Mitbestimmungsregelung weitreichende soziale Konflikte heraufbeschwören würde.

Mit letzter Anstrengung — Böckler starb am 16. Februar 1951 — hatte der 75jährige ein Ziel erreicht, das ihm eine erste Voraussetzung für die wirtschaftliche Demokratie schien:

„Mit der jetzt getroffenen Regelung ist... erst in einem Teil der Wirtschaft, wenn auch in einem entscheidenden und wichtigen, ein Fortschritt in der Richtung des Mitbestimmungsrechtes erzielt. Aber es ist endlich die Tür geöffnet, die Bahn freigemacht. Nächstes Ziel aber soll sein die Neuordnung auch aller anderen Teile unserer Wirtschaft und des öffentlichen Dienstes, innerbetrieblich sowohl als auch auf der mittleren und höheren Ebene. Wir stehen am Anfang einer neuen Wirtschaftsverfassung. Wir, die Gewerkschaften, sind uns der ganzen Verantwortung bewußt, die wir mit unserem Verlangen und mit dieser Regelung auf uns genommen haben ... Im Vertrauen auf die Kraft unserer großen und starken Organisation und in der Gewißheit, daß das Recht auf unserer Seite ist, blicken wir deshalb mit aller Zuversicht dem Kommenden entgegen¹¹⁾.“

11) Aus einer Rundfunkrede Böcklers am 30. Januar 1951, zit. nach DGB-Nachrichtendienst Nr. 65 vom 30. 1. 1951.